

Messingergasse 10 Messeburger Zeitung Kreisblatt Messeburger Kurier

Mit den amtlichen Bekanntmachungen des Stadt- und Landkreises Messenburg.

Dienstagausgabe

Messenburg, den 26. März 1929

Nummer 72

Neues in Kürze.

Der Braunschweigische Landtag lehnte die Anträge auf Anschließung des Landes an Preußen oder Umwandlung in ein Reichsland ab, nachdem die Sozialdemokraten und die Linksregierung sich dagegen ausgesprochen hatten.

Der bekannte Zentrumsabgeordnete Stegerwald erklärte in einer Rede: Wenn man von den Krankfeindern absteht, beziehen gegenwärtig rund 16 Millionen Menschen, das sind mehr als 25 Prozent des deutschen Volkes, Zuwendungen aus öffentlich-rechtlichen Mitteln. Das Jahr 1928 ist in bezug auf Steuererhebung das Rekordjahr, in ihm muß das deutsche Volk die höchsten Steuern aufbringen, die es in seiner Geschichte je aufgebracht hat.

Die getriebenen Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Angestellten und dem Verband Berliner Metallindustrie haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Gehaltsforderung von 12 1/2 Prozent wurde abgelehnt. Es wurde ein Schlichtungsausschuß vereinbart, der am 8. April zusammentreten soll.

In der Hauptversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes in München teilte der eben aus Berlin zurückgekehrte Abgeordnete Dr. Schittenbauer mit, daß die im Rahmen des Sühnerückzahlung Steuerprogramms geplante Biersteuererhöhung voraussichtlich nicht kommen werde. Diese Gefahr erweise nunmehr abgemeldet.

In Berlin nahmen drei Erwerbslosenvereinigungen einen förmlichen Verlauf. Die beiden gewerkschaftlichen Arbeiter wurden von den Massen niedergeschrien. Dann bildete sich ein Demonstrationzug nach dem Innern der Stadt. Polizei sprengte den Zug und nahm eine Reihe Verhaftungen vor.

Die Frage einer genauen Reichsbilanz für den Zepfelnbau in Friedrichshafen ist immer noch nicht entschieden. Von dem Ausfall der neuen Zepfelnfahrt nach dem Orient will das Reich erst weitere Anschlüsse abhängig machen. Auch der Bau einer modernen Aufschiffanlage für die Zepfelne Besetzung des Reichsflanzministeriums Silberding wegen des Mangels an Mitteln.

Aus Friedrichshafen wird gemeldet: Schon seit sehr langer Zeit werden wieder mehrere ausländische Militärattachés aus Berlin und Bern am Hofe ihres „Kaiserhofes“ und beobachten eifrig die Flugvorbereitungen des „Graf Zeppelin“.

Die beiden bürgerlichen deutschen Parteien Oberbayerns, die Deutsche katholische Volkspartei und die Deutsche Partei, haben sich zur Zusammenarbeit im Wahlkampf für den nächsten Reichstag entschlossen.

Wegen des Kondolenzbesuchs des deutschen Botschafters von Paris beim Tode des Marischals Foch in Paris hielt eine parlamentarische Interpellation an den Außenminister bevor. Es soll in ihr auf das Ungenügende des Fochs hingewiesen werden und auch darauf, daß beim Tode Fochs, des Siegers über Frankreich 1870/71, kein Beifall der französischen Regierung ausgesprochen wurde.

Der Rotterdammer „Conrant“ meldet aus London: Am Wochenende wurde bei Flood für eine reine Arbeiterregierung nach den Wahlen 54, für eine Koalitionsregierung Arbeiterpartei-Liberale 33, für eine konservative Regierung 15 (1).

Aus Wien wird gemeldet, daß die Lage in Kroatien wieder sehr ernst ist. In Zabach und Agaram wurden am Sonntag Straßenweise die Hausjungen in den Privatwohnungen fortgeführt.

Aus Nanking wird gemeldet, daß in Mittelschina Kämpfe zwischen den Truppen von Nanking und Hongkong ausgebrochen sind. Ueber Zusammenstöße der Nankingtruppen im Norden mit den um Peking konzentrierten Truppen des Generals Feng verlautet noch nichts. Auf jeden Fall aber haben die Engländer und Japaner ihr Ziel erreicht, die eben erzwungene Freiheit und den Frieden Chinas erneut zu hören.

Die Faust des Siegers.

Die Verfertigung der 'I'm alone', ein Zwischenfall ohne Vorgang

Die gestern kurz gemeldet, haben zwei amerikanische Rüstungswirtschaften das englische Rüstungsgesellschaft 'I'm alone' an der amerikanischen Küste durch Geschützfeuer verfeuert. Die Besatzung wurde bis auf einen französischen Matrosen getötet und in Ketten nach New Orleans gebracht.

Wie verlautet, war der 'I'm alone' das erfolgreichste Schmutzgeschiff der amerikanischen Küste, das seit Jahren vergeblich verfolgt wurde. Es war mit einer 'Rebellenarmee' und mit Schnellfeuerkanonen ausgestattet und hieß allgemein das 'Geistergeschiff', da es trotz vielfacher Zusammenstöße mit den amerikanischen Booten bisher immer wieder zu entkommen verstand. Das Schiff ist in Britisch-Ponduas beheimatet, der Kapitän ist ein Kanadier, der Eigentümer ein dunkler Ehrenmann, der mit dem 'I'm alone' und anderen Schmutzgeschiffen Millionen verdient hat.

Der Vorfall hat in englischen Kreisen größte Erregung hervorgerufen, zumal die Verfertigung nach einigen Meldungen außerhalb der amerikanischen Küstenregionen erfolgt ist. Die amerikanischen Mächte behandeln den Fall mit großer Zurückhaltung, bezeichnen ihn aber als ernst. Aus Washington wird gemeldet, daß auch die Beamten des amerikanischen Staatsdepartements ihn als ernst ansehen. Um so bedeutungsvoller ist, daß der amerikanische Schahfretzer 'Mellon' — wohl gemerkt, der Schahfretzer, noch nicht der Staatsfretzer des Meeres — das Vorgehen der amerikanischen Wächterkräfte befragt, wie folgende Meldung lautet:

Schahfretzer 'Mellon' gab gestern abend bekannt, daß er einen Bericht der Rüstungswirtschaft über die Verfertigung des britischen 'Schahfretzer' erhalten habe und bemerkte dazu, daß die amerikanischen Schiffe aufsehenerregend rechtmäßig gehandelt haben und Grund zu ihrem Vorgehen hatten.

Die Londoner Presse

hält mit ihrem Urteil zurück und wartet vor allem genauere Nachrichten ab, ob das Schiff tatsächlich außerhalb der Küstengewässer verfertigt ist, erklärt aber, daß die englische Regierung den Fall auf jeden Fall verfolgen müsse.

Mussolinis Wahlsieg.

Aus Rom wird mitgeteilt: Das Wahlergebnis der Wahlen zur neuen Kammer lautet: Wahlberechtigte 9 650 570, abgegebene Stimmen 8 650 740, Wahlbeteiligung 89,63 Prozent, Ja-Stimmen 8 506 576, Nein-Stimmen 1 144 164, ungültige Stimmen 6824. Es fehlen noch einige endgültige Ergebnisse, die aber auf das Gesamtergebnis ohne Einfluß sind.

Wie der 'Tribune' meldet, ist der Wahltag in Südtirol nie überhaupt in ganz Italien vollständig ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug in Südtirol 90 Prozent. In der Provinz Bozen waren 52 078 Wahlberechtigte, davon gingen 41 139 zur Wahlurne. Von diesen stimmten 38 243 mit Ja, 2 896 mit Nein, ungültig waren 87 Stimmen. In der Stadt Bozen wählten 7 445 Personen. Von ihnen stimmten 7 042 mit Ja, 371 mit Nein. In Meran stimmten 3682 mit Ja, 242 mit Nein.

Die schicksalhafte Bozener Abspaltung brachte in Klafastform auf der ersten Seite folgende Worte: 'Wer eine Kleinigkeit abgibt, aber sich der Stimmabgabe ganz enthält, ist ein Verräter und Defektor.' Das läßt darauf schließen, daß die Faschisten in Südtirol einen starken Druck zur Wahlbeteiligung ausübten haben.

Glückliches Italien.

Der italienische Finanzminister führte über die Finanz- und Steuerlage Italiens aus: Der Versuch Mussolinis, jede Notenausgabe zu vermeiden, wurde unbedingt durchgeführt. Die öffentliche Schuld, die im Jahre 1928 mit 95 500 000 000 ihren Höhepunkt erreicht hatte, senkte sich seit dem Aufkommen des Faschismus um 8 1/2 Milliarden. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Budgets stellt sich der Anteil der schwelenden Schuld

melde, wird weder die britische noch die französische Regierung Einspruch erheben, bevor ein ausführlicher Bericht über den Zwischenfall dem britischen Konsulat in New Orleans eingegangen ist. In Londoner diplomatischen Kreisen wird der Zwischenfall als sehr ernst angesehen.

Die 'Londoner Times' erklärt, die Verfertigung des 'Schahfretzer' habe ernste Fragen internationalen Charakters aufgeworfen, denn das Recht der Vereinigten Staaten, ein Schiff außerhalb der Territorialgewässer unter den vorliegenden Umständen zu verfolgen, sei zu bejahen, werde allgemein bestritten.

Die 'Londoner Daily Mail' veröffentlicht die Forderung eines Sachverständigen für Seerecht, der den Zwischenfall als wahrscheinlich ohne Vorgang bezeichnet.

— Ohne Vorgang ist der Zwischenfall amfehllos. Denn seit Jahrhunderten hat seine Seemacht wagen dürfen, gegen ein englisches Schiff in ähnlicher Weise vorzugehen, auch wenn das Vorgehen durchaus berechtigt gewesen wäre. Die Verfertigung ist ein schwerer Schlag für das englische Seerecht. England bekommt zum ersten Male ganz konkret zu fühlen, daß es den Krieg verloren hat und nicht mehr unbetritten die erste Seemacht der Welt ist. Es spürt die Faust des Siegers: Amerikas.

Dass ist das 'leste Ernste' und Gefährliche an diesem Fall. Denn es verleiht die offene und wirtschaftliche Gegenfähigkeit zwischen England und Amerika in bedenklicher Weise. Wenn darf man annehmen, daß dieser 'Zwischenfall' irgendeine friedlich bezeugte wird, aber er wird einen Stachel in der englischen Seele zurücklassen und könnte ähnlich wie der 'Lustigwischenfall', wenn auch nicht sogleich, so doch in Zukunft die Bemühungen der Freunde des Friedens zwischen England und Amerika vereiteln und zum Ausbruch des von vielen erwarteten nächsten Weltkrieges, des großen Machtkampfes zwischen England und Amerika wesentlich beitragen.

auf 13 1/2 Prozent, liegt also wesentlich unter dem Prozentsatz Frankreichs, Englands und anderer Staaten. Der Kassenbestand vermehrte sich im Laufe der letzten Monate andauernd und erreichte Ende Februar 1750 Millionen.

Die letzte Steuerreform bezweckte eine Milderung der Abgaben in der Weise, daß die Produktion und die Sparfähigkeit nicht beeinträchtigt werden. Das Budget des Finanzjahres 1929-30 zeigt, daß die Wirtschaftslage gestiegen ist und wegen ihres ausgezeichneten Normalzustandes volles Vertrauen verdient.

Der Großhändler weist in Italien für die Jahre 1926, 1927, 1928 folgende Entwicklung an: 142; 132; 131.

Der italienische Wirtschaftsminister erklärte, es sei notwendig, im Lande eine aktive Propaganda zu treiben, um den Verbrauch ausländischer Fabrikate einzuschränken, damit die wirtschaftliche Bilanz nicht so sehr gefährdet und die Lebenshaltung nicht so verteuert werde.

Primo de Rivera denkt an Rücktritt.

Aus Madrid wird gemeldet: Ministerpräsident Primo de Rivera führt in einer halbamtlichen Mitteilung aus, er fühle sich wieder fröhlich noch jung genug, um von dem Lande und von dem König die Erneuerung ihres Vertrauens für eine neue fünfjährige Amtsperiode zu erwirken. Deswegen halte er es für gut, die Vorbereitungen zur Niederlegung seines Amtes zu treffen, da eine Nachfolge seines Vorberaters, besonders durch ein überraschendes Ereignis, das die große Masse der Bürger in Verwirrung bringen würde, das Schicksal für das Land wäre, das man sich denken könne.

Hugenberg an Amerika.

In der Antipresse herrscht wieder einmal große Aufregung über ihr Schredengeldgehörmat Hugenberg, den jetzigen Vorgesetzten der Deutschen Nationalen Volkspartei: weil er auf amerikanische Anregung an 3000 führende amerikanische Soldaten, Wirtschaftler und Zeitungsherausgeber einen Brief geschrieben hat, in dem er laut 'Kolonialzeiger' seine Auffassung über die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland und über die Haltung der 'Deutschen Nationalen' darlegt. Ein Westfälischer Druck diesen Brief ab und nennt ihn empört eine 'glatte Durckfreizung der amtlichen deutschen Außenpolitik'. Wir geben nachstehend den Brief in Wortlaut wieder und überlassen dem Leser, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden. Die Schriftleitung.

Die Verhandlungen über eine endgültige Regelung der deutschen Kriegsschuld haben hervorragenden Mitaliebrern des amerikanischen Volkes Gelegenheit, ihre gewichtige Stimme im Sinne einer endlichen Befriedigung Europas und damit der Welt in die Waagschale zu werfen. Diese Befriedigung wird nur erreicht, wenn die endgültige Regelung den Grundrissen der Vernunft und Gerechtigkeit entspricht und der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepasst wird. Sie wird nur erreicht, wenn Deutschland nicht die Möglichkeit genommen wird, Hüter der Kultur zu bleiben, weil es in gleichem Sinne auch die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur selbst werden sein wollen, sondern auch uns gönnen werden zu sein.

Die äußeren und inneren Feinde des deutschen Volkes behaupten noch immer, Deutschland und insbesondere seine rechts eingetragenen Kreise, die mit dem unklaren Schlagwort 'reaktionär' belegt werden, hätten den Krieg verschuldet. Die Auffragungsarbeit namhafter Gelehrter — es ist vor allem der tiefergehenden Arbeit der Amerikaner Barnes und Burghes gedacht — und das umfangreiche Material der geöffneten Archive haben aber die Gültigkeit des Wortes bestätigt, das Hindenburg auf dem Schlachtfeld von Tannenberg prägte: 'Mit reinem Herzen sind wir in den Krieg gezogen, und mit reinen Händen haben wir das Schwert geführt'.

Auch heute denkt natürlich die Deutsche nationale Volkspartei an keinen Antipressenkrieg, der angesichts unserer Entwaffnung ja auch eine Sinnlosigkeit wäre. Aber deshalb brauchen wir uns doch nicht widerprüdelos die Befristung gefallen lassen, die mit der Kriegsschuldfrage auf den deutschen Namen gelegt wurde.

Die Deutschen wissen die Befristungen des Staatssekretärs Kellogg, durch einen Pakt alle Völker zur Achtung des Krieges zu veranlassen, wohl zu würdigen. Wir sympathisieren mit diesen Befristungen. Wenn wir uns trotzdem entschlossen haben, der Ratifizierung des Kelloggpaktes im Reichstag unsere Zustimmung zu verweigern, dann geschah das, weil wir den unerschütterlichen status quo, wie ihn der Versaillesvertrag geschaffen hat, nicht freiwillig aufgeben können. Der Versaillesvertrag hat das Deutsche Reich seiner Selbstrechte beraubt und will es zu einer Kolonie der Alliierten degradieren.

Wir halten einen gerechten Frieden für angebracht, der Deutschland die tatsächliche Gleichberechtigung unter den Völkern gewährt. Wir wollen, daß das von Präsident Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für das deutsche Volk Gültigkeit erhält. Jeder neue Vertrag aber, der den status quo von heute zur Grundlage hat, schafft eine moralische Stütze für den Versaillesvertrag. Wir wollen keinen Krieg; aber wir wollen unser Recht und unsere Freiheit.

Deutschland ist nicht in der Lage, die bisherigen Kassen aus eigener Kraft zu tragen. Nur die Alliierten, die ihm — in der Hauptstadt von Amerika — gegeben wurden, ermöglichen die Zahlung der Tribute an die Alliierten. Aus eigener Kraft hat Deutschland seit dem Damespakt nichts zu zahlen vermocht. Zurzeit zahlen also die Amerikaner die Tributlasten Deutschlands. Sie sind es, die — allerdings ohne ihren Willen, aber tatsächlich — den Militarismus Frankreichs finanzieren, den Engländern ihren Flottenbau ermöglichen. Sie sind es, die auch dem Antipressismus in Deutschland die Mittel zu

Aus Merseburg.

Die Ferien beginnen.

Frühling! Ostern! Ferien!
Für einen Teil der Schülerinnen und Schüler bedeuten ja die Ferien um Ostern herum nicht Ferien schlechthin, sondern den Beginn eines neuen Abschnittes der von weittragender Bedeutung ist. Doch wenn man von Ferien spricht, sind nicht jene gemeint, die der Schule mit Ostern den Rücken kehren. Ferien sind für diejenigen das freudige Ereignis, die wieder antreten müssen.
Am 14. Tage lang frei, und Ostern, und Frühling, ein Dreifaches, der etwas Frisches, Lebendiges an sich hat. Wenn dazu noch die Sonne scheint. Morgen Mittwoch, 27. März, beginnen die Ferien und am Donnerstag, den 11. April, beginnt der Unterricht wieder.

Der neue Leiter des Dömgymnasiums

Studienrat Dr. Hertling, der bis jetzt als Leiter des staatlichen Luthergymnasiums in Eisleben verdient tätig war, wird voraussichtlich als Nachfolger von Herrn Studienrat Dr. Billig an das hiesige Dömgymnasium berufen werden.

Schutz der Pflegekinder.

Es kommen immer wieder Verläufe gegen die Bestimmungen über den Schutz der Pflegekinder vor. In den meisten Fällen handelt es sich um die Unterlassung der Anmeldung eines Pflegekinds bzw. um die Aufnahme eines Pflegekinds ohne die vorgeschriebene Erlaubnis des Jugendamts. Da solche Verläufe bestraft werden, gleichgültig, ob sie auf Unkenntnis beruhen oder nicht, so erscheint es notwendig, in der Öffentlichkeit auf die betr. Bestimmungen des § 20 Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes nachdrücklich hinzuweisen. Darnach bedarf jeder, wer ein Pflegekind aufnimmt, der vorherigen Erlaubnis des Jugendamts. In dringenden Fällen ist die nachträgliche Erlaubnis unverzüglich zu beantragen. Wer mit einem solchen Kinde in den Besitz eines Jugendamts geht, um die Aufnahme eines Pflegekinds ohne die Erlaubnis einzuholen, ist nach dem Gesetz strafbar, wenn ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbmäßig in vorübergehender Bewahrung genommen wird, so genügt die Anmeldung bei dem Jugendamt.

Beleuchtung der Fuhrwerke.

Nachdem wieder ein starker Fahrerkehr eingeleitet hat, macht die staatliche Polizei darauf aufmerksam, daß die Fuhrwerke bei Eintritt der Dunkelheit und bei starkem Nebel ausreichend zu beleuchten sind. Als ausreichende Beleuchtung ist mindestens eine hellbrennende Laterne mit farblosem oder gelbem Glase anzusehen. Sie muß vorne links so angebracht sein, daß der Sichtschein deutlich von entgegenkommenden und überholenden Fahrzeugen bemerkt werden kann.

Es ist beobachtet worden, daß dieser Vorschriften nur wenige Fahrzeuge entsprechen. Die staatliche Polizei erludt die Eigentümer der Fuhrwerke umgehend mit den vorgeschriebenen Laternen zu versehen. Andernfalls zieht sie die Fuhrwerke, gegen die Zuwiderhandlungen vorzugehen.

Unfall an der Hölle.

Gläubig abgelaufen.

Am Montag gegen 14.45 Uhr liegen an der Straßenkreuzung Schulstraße, Bahnhofstraße, Dammstraße, Hölle zwei Motorradfahrer heftig zusammen. Der eine kam aus der Dammstraße, der andere aus der Schulstraße. Bei dem Zusammenprall flogen beide Fahrer im Bogen auf das Straßengitter. Die eine Maschine — eine nagelneue — wurde am Korbertrag la gebremst, daß sie gebrauchsunfähig war, die andere wurde nur leicht beschädigt. Natürlich hoben sich die Motorradfahrer die Schuld gegenseitig zu; sie können abgelaufen ist. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, an Straßenkreuzungen langsam und vorsichtig zu fahren. Der Unfall hatte eine Menge Menschen angeleht.

Um die Zusammenarbeit Merseburg-Deuna-Kreis. Oberbürgermeister Herzog antwortet... — Die damaligen Vorgänge.

Am 25. März hat Herr Zweckverbandsvorsteher Cornely im Kreisrat vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung abgegeben, zu der nachfolgend am 26. März eine öffentliche Sitzung in der Öffentlichkeit einige Erklärungen alsbald abgegeben werden müssen:

1. Nach seiner Erklärung vom 25. März 1929 hat Herr Cornely seine in der Kreisratssitzung vom 5. Januar 1926 getane, die Stadtverwaltung beleidigende Äußerung von: „unerhörten Zumutungen der Stadt Merseburg“ als: „der Form nach geeignet, verflüchtend zu wirken“, nicht aber sachlich zurückgenommen. Dies entspricht nicht seiner Zusage dem Oberbürgermeister gegenüber im vollen Umfange.

Der Vorgang

war folgender, wie durch öffentliche Äußerung des Oberbürgermeisters festgelegt ist:

Nachdem der Herr Kreisratsvorsitzende Guste seine scharfen und teilweise beleidigenden und später vor dem Herrn Regierungspräsidenten als sachlich unbegründet mit der Bitte um Entschuldigung zurückgenommenen schriftlichen Angriffe gegen den Magistrat und dessen einzelne Mitglieder erhoben hatte, erließ Herr Zweckverbandsvorsteher Cornely bei dem Oberbürgermeister und erklärte, daß er Wert darauf lege, zu erklären, daß er mit diesem Vorgehen des Herrn Kreisratsvorsitzenden, entgegen dem umlaufenden Gerücht, in keinerlei Verbindung stehe, wenn er auch die Interessen seines Zweckverbandes nach jeder Richtung vertrete.

Nachdem der Oberbürgermeister mit Dank von dieser Erklärung Kenntnis genommen und die unzulässigen Gerüchte beseitigt hatte, verwies er Herrn Cornely auf seine Äußerung im Kreisrat vom 5. Januar 1926 mit der die Stadt beleidigenden Äußerung von dem „unerhörten Zumutungen“ und bemies Herrn Cornely an den zufällig im Zimmer liegenden Streifen mit dem Kreis die tatsächlichen Vorgänge.

Hierauf hat Herr Cornely nicht Anstand genommen, freiwillig zu erklären, daß er sich überzeugt habe, daß sein Angriff gegen die Stadt unbegründet sei, und daß er dies bei der nächsten Gelegenheit im Kreisrat erklären würde.

Dergleichen ist allgemeine Übung ist, derartige persönliche Angriffe vor Eintritt in die Tagesordnung in der nächsten Sitzung abzugeben, wie ja auch Herr Cornely diesen Brauch durch die Abgabe seiner Erklärung vor Eintritt in die Tagesordnung im Kreisrat vom 25. März 1929 als ihm bekannt bewies, in diese Erklärung, trotz Erinnerung, in der ganzen Zeit seit 1926 bis zum 25. März 1929 trotz einer Reihe von Kreisratssitzungen nicht gesehen und jetzt in einer Form, welche der Zusage des Herrn Zweckverbandsvorstehers Cornely an den Oberbürgermeister nicht vollständig entspricht.

II. Daß in einer Reihe von Punkten bei Verhandlungen und Vertragsabschlüssen der Zweckverband und sein Vorsteher der Stadt entgegenkommen gezeigt haben, ist nicht bestritten worden.

In derselben Weise hat dies und in gleichem Umfange die Stadt getan. Der Vorteil hat im Enderfolg auf beiden Seiten gelegen.

Die schwebende Beschwerde hat niemals behauptet, daß nicht früher ein gutes Zusammenarbeiten erfolgt wäre.

III. An der

Oberrealschulfrage

Ist es durchaus unrichtig, wenn von einer „Ver einbarung“ vom 13. Dezember 1928 gesprochen wird.

Der Herr Regierungspräsident hat an Ort und Stelle mißverständlich erklärt, daß es sich

lediglich um eine Niederlegung eines vorläufigen Verhandlungsergebnisses handelte, ohne jede Verbindlichkeit für irgendeine Seite hin und von keiner Seite unterzogen.

In Verfolg dieser Auffassung hat der Herr Regierungspräsident später bei der Frage der Bekanntgabe dieser Niederschrift fernmündlich auch zugelegt, daß diese in t e r n e N i e d e r s c h r i f t von feiner Seite veröffentlicht werden sollte. Der Veröffentlichung hatte schon der Vertreter des Magistrats am 13. Dezember 1928 widersprochen.

Als nach diesen Verhandlungen die Frage von der anderen Seite erhoben wurde, wie sich denn der Magistrat stellen würde, da der Oberbürgermeister doch unbedingt gegen die Verlegung der Schrift nach Deuna sei, hat Herr Bürgermeister Dr. Mosebach lediglich eine Erklärung in dem Sinne abgegeben, daß, wenn eine Mehrheit im Magistrat der Verlegung sein sollte, daß diese Lösung für die Stadt zweckmäßig wäre, so würde gegebenenfalls der Oberbürgermeister überstimmt werden. Das vom 10.

Es ist völlig unrichtig, daß Herr Bürgermeister Dr. Mosebach Herrn Cornely erklärt hätte,

daß die Vereinbarung so sehr den Interessen der Stadt diene, daß auch Herr Oberbürgermeister Herzog dieser Vereinbarung zustimmen müsse, widrigenfalls er durch den Mehrheitsbeschluß gezwungen werde, wie das unlängst schon einmal geschehen sei.

Er hat sogar wiederholt auf die Schwierigkeit hingewiesen, welche dadurch für den Magistrat entstände, daß die Gründung der Großgemeinde an Stelle des Zweckverbandes zu Beibehaltung gemacht würde.

Diese Niederschrift ist Gegenstand der eingehenden Beratung im Magistrat gewesen und der Magistrat hat sich einigt, daß die Grundfrage für eine Vereinbarung nicht bilden könne, weil durch die dabei zu Tage tretende Verquickung mit Eingemeindungsangelegenheiten die Lebensinteressen der Stadt gefährdet würden. Zu diesem Beschluß mußte der Magistrat raten, weil:

1. auf Veranlassung des Herrn Zweckverbandsvorstehers Cornely in die Niederschrift die Verpflichtung der Stadt aufgenommen worden ist, keine Einmündungen gegen die Bildung einer Großgemeinde im Süden von Merseburg zu erheben;

2. in der Verhandlung vom 6. Dezember 1928 vor dem Herrn Regierungspräsidenten in der Oberrealschulfrage Herr Zweckverbandsvorsteher Cornely einmal erklärt hat, daß auch er überzeugt sei, daß ein Zusammenfluß von Merseburg, Deuna und Dürrenberg erfolgen müsse, daß aber dann der Mittelpunkt und Schwerpunkt dieses Groß-Merseburg im Zweckbandsgebiet Deuna liegen müsse und deshalb schon jetzt die Schulen und alles andere dementsprechend orientiert werden müsse, und ferner erklärt hat, er wäre in diesem Sinne schon viel weiter, wenn nicht seinerzeit der Oberbürgermeister Herzog die Bildung der Großgemeinde im Süden der Stadt zerfallen hätte.

Da danach die Bildung der Großgemeinde im Süden von Merseburg aus dem Zweck und den Erfolgen haben würde, Merseburg auszuheben und abtunken zu lassen, hat der Magistrat einstimmig die Niederschrift vom 13. Dezember 1928 als keine geeignete Grundlage für eine Vereinbarung für die Oberrealschule erklärt und durch den Oberbürgermeister vor Eintritt in die Verhandlung in der Stadtverordnetenversammlung über die Oberrealschulfrage eine dementsprechende Erklärung abgegeben lassen. Die Stadtverordneten haben also in Kenntnis aller Verhältnisse für die Beibehaltung der Oberrealschule in Merseburg gestimmt.

IV. Die Beschwerde gegen Herrn Zweckverbandsvorsteher Cornely ist auf Beschluß des Magistrats erhoben worden, einmal, weil die nach ausdrücklicher Bestätigung durch den Herrn Regierungspräsidenten nicht bekanntzugeben in t e r n e N i e d e r s c h r i f t vom 13. Dezember 1928 über die Oberrealschule vor der Stadtverordnetenversammlung im Auftrage des Herrn Zweckverbandsvorstehers Cornely einem Merseburger Stadtverordneten unter „Vertraulich“ in t r o d u z i e r t worden ist, und weil dem Magistrat glaubhaft mitgeteilt worden ist, daß auch weitere, nach Ansicht des Magistrats unzulässige

Verläufe einer Beauftragung Merseburger Stadtverordneter

zugunsten des Zweckverbandes stattgefunden haben. Das Erste ist nicht bestritten, das Zweite zwar bestritten worden, die vom Magistrat benannten Zeugen sind aber bisher von der für die Erledigung der Beschwerde zuständigen Stelle noch nicht gehört worden.

Es ist unrichtig, daß die Beschwerde gegen Herrn Zweckverbandsvorsteher Cornely bereits in allen Teilen als unberechtigt zurückgewiesen sei, im Gegenteil hat der Herr Landrat lediglich vorgezogen, die Beschwerde zurückzunehmen.

Die Entschädigung ist noch nicht gefällig.

Die genannten Zeugen sind noch nicht vernommen.

Eine Zurücknahme der Beschwerde ist deshalb nicht möglich, weil der Herr Landrat in seiner Begründung die Ansicht vertreten hat, daß der Herr Zweckverbandsvorsteher Cornely sich nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet fühlen konnte, sich in der vom Magistrat zum Gegenstand der Beschwerde gemachten Form für die Bewirklichung der von ihm schriftlich und im Gegenteil zu den zweifelhaften Erklärungen des Herrn Regierungspräsidenten als „Vereinbarung“ dargestellten Ergebenisses der Verhandlung vom 13. Dezember 1928 einzusetzen. Wenn es danach möglich wäre, daß ohne Kenntnis und im Gegensatz zu der Auffassung zum Beispiel im vorliegenden Falle des Magistrats sich der Vorstandsbeamte eines benachbarten Kommunalverbandes mit den einzelnen Gemeindeverordneten des anderen Kommunalverbandes in Verbindung setzen könnte, um Bestrebungen zu erreichen, wie er sie für seinen Kommunalverband für zweckmäßig hält, würde jedes vertrauensvolle oder auch nur korrekte Zusammenarbeiten zwischen den benachbarten Kommunalverbänden unmöglich werden.

Solange es nicht gelingt, gegebenenfalls im Wege gegenseitiger Vereinbarung für die Zukunft auszuschließen, daß eine derartige Einflußnahme einer Kommunalverwaltung auf die Gemeindeverordneten einer anderen Kommunalverwaltung erfolgt, kann auch die Zurücknahme der Beschwerde nicht in Frage kommen.

Haydn-Feier im Oberlyzeum.

Am Montag fand in der Aula des hiesigen Oberlyzeums i. E. ein musikalischer Abend statt, der dem großen Komponisten Joseph Haydn galt. Die Herr Dir. See- bei Beginn seiner Ansprache erwähnte, wurde diese Feier nicht veranstaltet, um ein Konzert zu geben, sondern um die Schülerinnen der Anstalt mit Leben und Wirken des großen Meisters bekannt zu machen. In seiner Rede gab Herr Dir. See- einen kurzen Lebensbild über den Lebenslauf und über die Werke Haydns, der aus einfachen Kreisen stammend, ohne irgendwelche bedeutende Ausbildung seine Werke rein aus sich heraus schuf, und der trotz seiner anfänglichen Armut und Sorge seiner Kunst treu blieb.

Haydn ist nicht nur der Meister des barocken Hofes, sondern hinter all seinem Schaffen steht seine charaktervolle Persönlichkeit, die sich bis ins hohe Alter hin jugendliche Schaffensfreudigkeit, Spannkraft und geistige Frische bewahrte, jedoch erst bei aller Meister die herrlichsten seiner Werke schuf, von dem Lehrer und Schülerinnen in gemeinsamen Wirken im Rahmen der Feier kleine Proben gaben. Das Schülerinnen-Orchester begann mit drei kleinen Stücken: Menuett, Serenade und Allegro für kleines Streichorchester, woran

3 Pfund für nur
Rama butterfein:
Margarine
1) beim Kauf: billig
2) beim Verbrauch: sparsam
3) beim Essen: wie Butter
½ Pfd. 50 Pfg.

Ein Schürer der Unterprima sang das Lied für Sopran, D. Jäger Tenor, und eine Quartettistin spielte den Bass in der D-Dur-Sonate, eine Schürer der Unterprima sang die Sonate in C-Dur. Die U. und O. II sangen die vier Rannons: Liebe, Zeit, Trost, Feiler Sinn, worauf ein Menestrel in die Höhe folgte. Herr Dr. Seel lang und Soloway aus den 'Jahreszeiten', und der Chor aus demselben 'Mittwoch des Spinn- und Waschens'. Das Solosongtext: 'Der Kreis' des Hofes würdig die schöne Feier.

Der Sorgenfreie Bund.

Die beiden Direktoren vor Gericht. Vor dem erweiterten Schöffengericht Halle unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Pauly standen gestern die beiden Geschäftsführer des Bedienungsinstituts 'Sorgenfrei' Bund, der 37-jährige Kaufmann Wilhelm Riese aus Halle und der 37-jährige Tischler Walter Blumhage aus Merseburg auf der Anklagebank.

Die Anklage lautet auf Vergehen gegen § 108 des Gesetzes über die privaten Versicherungen (Verstoß von Versicherungsunternehmen ohne Genehmigung), gemeinschaftlichen Betrag, sowohl gegen die Mitglieder des Bundes, als auch gegen die Gläubiger sowie auf unzulässigen Wettbewerb und Kontursvergehen, das darin besteht, daß weder ordentliche Bücher geführt sind, noch eine Bilanz angefertigt.

Der Anklage liegen folgende Tatsachen zugrunde: Vom Juli 1925 bis März 1926 war Riese Vertreter des Bedienungsinstituts 'Sorgenlos' Wittenberg, für den Bezirk Merseburg. Dieses Institut entsprang sich als ein Schmelz-Institut. Der Direktor Siegmund ist 1926 in Magdeburg zu 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Zu jener Zeit reisten Riese mit dem eigenen Angehörigen Tischler Blumhage, dem er einen Vertrag auf Sargleistungen für das Magdeburger Institut übermittelte, nach Magdeburg. Dort übernahmen die beiden den Mitgliederbestand des Bezirks Merseburg für ein neu zu gründendes 'Bedienungsinstitut Sorgenfrei' Bund' wurde am 9. April 1926 in Merseburg eingetragen. Bis zum 21. Mai 1926 war als dritter Gründer noch ein gewisser Koch in der Gesellschaft. Riese leitete die Geschäftsführung, Blumhage besorgte die Buchführung.

Im § 14 der Bedingungen fand, daß nach dem Tode des Mitgliedes die Beitragszahlung erlischt. Da Unklarheiten gemeldet wurden, wurde Riese vom Reichspräsidenten zum Bericht aufgefordert. Er fuhr nach Berlin zum Reichsausschuss über Privatversicherungen. Am 18. Januar 1927 verbot der Reichspräsident das Institut, weil es unter die genehmigungspflichtigen Privatversicherungen fiel. Riese nach Rückfrage mit einem Rechtsanwalt die Statuten § 14 wurde getilgt, dafür zum § 13 ein Zusatz, daß nach dem Tode des Mitgliedes die Erben weiter zahlen müssen.

Daraufhin hob am 26. März der Reichspräsident im Einverständnis mit dem Reichsausschuss das Verbot auf, weil das Institut nun den Charakter eines Versicherungsgesellschafts habe, und es in den Prospekten sowohl § 14 als auch § 13 möglich (Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlung berichten wir morgen).

Weiterverhoerlage.

(Nachdruck nur mit Genehmigung der Ehringischen Landesverwaltung Weimar.)

Mittelt Europa liegt am Dienstag im milden, westlichen Quiffstrom und verzeihlich überwiegend bewölkt. Himmel mit wenig zu Wolkung, die sich am Mittwoch, mit Zeit nur noch mehr in der südwestlichen Richtung getrieben, fortbewegt wird. Für Mittwoch ist bei leicht zurückgehenden Temperaturen trübendes Wetter zu erwarten.

Vorherige: Wolkig, zeitweise Aufklarung und etwas kühl.



Der kleine Felsberg bemerkt den gestrigen, der große Zeiger den heutigen Barometerstand.

Die Alpen.

Die Leitung des Schipitelpalast 'Sonn' hat sich unfruchtlich ein großes Verdienst mit der Aufführung dieses einaktigen Films erworben. Ein Kulturfilm vom Schweizer Volk und seinen Bergen, der zunächst eine Einführung in Sage und Geschichte dieses Paradieses Europas gibt, und dann anschließend die Landschaften in guten Photographien wiederbringt. — Jürgens, Zangen — Bern — Genf — Lausanne — Montreux — Evian — Meinthal bei Schaffhausen — Bodensee, — Genfer See — das Berner Oberland — Jungfrau mit Grindelwald — St. Gotthard — Simplon-Tunnel — das Engadin, das schönste Gebiet der Alpen. Bis zum Ende der schönen Kurve mit St. Moritz. Davon und viele andere Landstriche erscheinen im Film, der auch nicht einen Augenblick langweilig wirkt. Genießt auf die etwas historische Darstellung des Schweizer Volkes hätte man gern verzichten können. Sie ist nicht immer gut gefällig.

Über die Berggipfel und Täler, bei deren Anblick man unwillkürlich zum Heilsehler und der Sehnsucht gepackt wird, machen alles wieder weit. Ein Film, der wirklich das Prädikat 'erklärt' verdient.

In beiden Vorstellungen war der Schipitelpalast 'Sonn' ansehnlich. Ein solches, welches Interesse die guten Kulturfilme zu wecken vermögen. Das Publikum folgte den Landstrichsbildern mit höchstem Interesse und vor der Leitung der 'Sonn' dankbar für diesen wertvollen Film, der von Drehleiter auch noch kunstvoll ausgeleitet illustriert wurde.

Die Not der Wirtschaft im Landkreise

Deutschnationales Bedauern über Erhöhung der Kreissteuern. Schluß des Frühjahrsteilages. — Freiz aus Sowjetrußland

Als oberster Punkt der Tagesordnung wird dreitägig, Entschlossen über die Aufnahme von vorbereitenden Arbeiten zur Neuplanung und Umplanung von Durchgangsstraßen für die Rechnungsjahre 1930 bis 1934 einstimmig genehmigt. Die Vorlage wird dem großen Ausschuss zur Durchberatung übergeben.

Eine Million zum Kleinwohnungsbau. Zur Förderung des Kleinwohnungsbaus wird der Landkreis Merseburg die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1 Million Mark vornehmen, die mit 8,5 Prozent verzinst werden muß. Den einzelnen Bauherren werden 500 Mark auf ein 5 Prozent gewährt. Zweckverantwortlicher Cornely gibt die Anregung, die Zinsen noch unter 5 Prozent zu erniedrigen. Das wird aber abgelehnt. Die Vorlage in der ursprünglichen Form wird angenommen, ebenso die Aufnahme einer Anleihe für den Ausbau der Kreisverwaltung.

Kreisamtsverordnung. Es kommt etwa 900 000 M. in Frage. Der Kreisrat nimmt von dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen Kenntnis und gibt zu den weiteren Verhandlungen seine Zustimmung. Eine lebhafteste Ansprache entfällt bei der Uebernahme von weiteren Aktien der Landtraktoren-Verlag AG. in Kallfeld, in Höhe von 600 M. Landrat Gusek bittet die Aktien zu übernehmen, damit der Einfluß des Streifens in der Aktiengesellschaft gesichert bleibt. Abgeordneter Foerster bittet, die Vorlage zurückzugeben. Der Rest von etwa 110 der Aktien sei zu hoch. Verordneter Laun kann sich eine solche Belastung des Kreises bedeuten. Der Landkreis Merseburg werde doch die in der A.G. ausfindiggebend sein. Abg. Dr. von Richter stimmt den Ausführungen von Herrn Foerster zu. Er betont, daß man nicht durch bloßen Veräußerung Laun kann. Selbst die Kommunisten haben Bedenken. Zwar nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil Landrat Gusek gesagt hätte, es sei eine 'kapitalistische Kampfabhandlung'. Unter der

Steierkeit des Hauses weist Landrat Gusek auf die Amerika-Artikel der Semierregierung hin (hört, hört). Zweckverantwortlicher Cornely erklärt sich für Uebernahme der Aktien. Der kommunistische Abgeordnete Fritz gibt Geheißer. Er glaubt seine Zustimmung nicht geben zu können und läßt die Vorlesung abbrechen. Die hinter den deutschnationalen Mitgliedern andere Kräfte am Werke seien (hört, hört). Bezeichnend die Einstellung eines ehemaligen kommunistischen Gemeindevorstandes zu seinem Heimatland und zu seiner Heimatgemeinde. Er habe das vor dem Reichspräsidenten, jetzt der kommunistischen Abgeordneten Fritz, früher Gemeindevorstand in Gorbuda, zurzeit Inspektor: 'Mein Vaterland ist Sowjetrußland'.

In dieser offenen Weise hat sich noch selten die Einstellung eines einzelnen Kommunisten gezeigt.

Abgeordneter Nilsland (SoS.) sich für Uebernahme der Aktien. Da die Vorlage jedoch mit 2/3 Mehrheit übernommen werden muß und die Sache unklar ist, empfiehlt er, die Abstimmung erst nach der Mittagspause in Angriff zu nehmen. Das Haus ist damit einverstanden.

Nach der Mittagspause tritt der große Ausschuss mit den Fraktionsführern nochmals zur Beratung zusammen, die Deutschnationalen bleiben fest, sie stimmen gegen die Vorlage, die darauf trotzdem mit 21:16 Stimmen (also mit knapper Mehrheit) angenommen wird. Im weiteren Verlauf der Tagung wird auch die Vorlage, die den

Vau von vier neuen Beamtenernennungen vorliegt, für den besonders Abg. Helfer eintritt, einstimmig angenommen. Es wird beschlossen, dem Kauf des Geländes zuzustimmen, ferner dem Bau von vier Beamtenwohnungen und drittens daß den Beamten, die aus eigenen

„Friederike“ in Halle.

Die achte Fremdenvorstellung der diesjährigen Spielzeit des Stadttheaters findet am Sonntag, dem 7. April 1929, von 15 bis 18 Uhr statt. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel 'Friederike' in drei Akten von Ludwig Geiger und Fritz Goller, Musik von Franz Schöber.

Der Verlauf der Theaterarbeiten findet wie für die vorige Fremdenvorstellung an den bekannten Abfahrtsorten ausfallen und zu den bekannten erlaubigen Preisen in der Zeit vom 2. April, 13 Uhr, bis 4. April, ebenfalls fünf. Theaterleiter sind beim Fehlen der Abfahrtsorten tollens erkrankt. (Zwei Anzeigen.)

Frühere Gehaltszahlung vor Ostern.

Da in diesem Jahre der Dienstonntag auf den 31. März und Karfreitag auf den 29. März fallen, würden die Lohn- und Gehaltszahlungen, wenn sie wie üblich am 30. März erfolgen würden, einen abnormen Käuferandrang aus Arbeiterkreisen in den Geschäften am Sonnabend vor Ostern verursachen. Die Zusammenbringung soll des ganzen Dienstgeschäftes auf einen Tag würde zur Folge haben, daß das Verkaufspersonal im Einzelhandel

Mitteln bauen wollen, ein Arbeitgeber-Darlehen gemacht wird.

Der Entlassung der Kreisamtskasse wird ohne Ansprache zugestimmt. Eine heftige Debatte legt jedoch ein bei der Entlassung der Rechnung der Kreisamtskasse für 1928/29 und der Bestimmung neuer Zahlungen für die Kreisamtskasse. Bei dieser Gelegenheit stellt man, daß ein Streit ein Kompetenzstreit zwischen Sparten-Vorstand und Kreisamtsbuchhalter, nachdem Abg. Kretsch gefordert hat, ob die Zahlungen von Kreisamtsbuchhalter durchzuführen seien, wird die Vorlage der Zahlungen zurückgestellt.

Bei der Entlassung der Jahresrechnung weist Abg. von Trotha auf § 13 hin und betont, daß die Jahresrechnungen durch Zahlhändler nachgeprüft werden. Man muß sich erst erklären, daß die Kreisamtskasse unbedingt von Sachleuten geprüft werden müsse. Nach längerer Ansprache wird die Entlassung gegen die Stimme des Abg. Helfer ausgesprochen.

Haushaltsplanes 1929

Die Besetzung des Haushaltsplanes 1929 wird am bloß vorgenommen. Die Kommunisten sind überfrachtet. Sie hätten gern noch eine größere Zahl von Mitgliedern, sind aber ansehend überbrummt worden.

Erklärung der Deutschnationalen Fraktion

Abg. Dr. von Richter gibt darauf in Namen und Auftrag seiner Fraktionsgenossen folgende Erklärung zum Ausspruch ab:

„Die Seilzüge fast sämtlicher wirtschaftlicher Betriebe, insbesondere die der landwirtschaftlichen Betriebe jeden Umfangs im Kreise Merseburg, ist eine beratung unangenehm, daß sie am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind. Die immer mehr steigende Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe durch Steuern und Abgaben, bei welcher keine Rücksicht genommen wird auf die Heinerträge der Betriebe, die Schwierigkeiten in der Arbeiterbeschaffung, die ansehnliche Preissteigerung am Vieh- und Wermutungspreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den Preisen, die der Landwirt für seine notwendigen Lebensbedürfnisse zu zahlen gezwungen ist, sind im allgemeinen bekannt, daß eine weitere Erhöhung dieser Belastung des Volks durch die Deutschnationalen Fraktion der Erhöhung der Kreisamtspläne vorgesehene Ausgaben schneidlich werden. Nur mit größtem Bedauern kann die Deutschnationale Fraktion erklären, daß die Aufnahme von Anleihen in Höhe von 902 000 Mark vorliegt, zugestimmt.“

Es liegen ferner noch ein paar Dringlichkeitsanträge der K. P. D. und S. P. D. vor, die hinsichtlich dem großen Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen werden. Bei den Kommunisten berührt große Entrüstung über die Aufnahme des Haushaltsplanes in Paris und Wogen.

Daraufhin nimmt der Kreisrat die Rollen von 1. Schöber, 2. Nilsland und 3. Gusekmanns Stellvertreter vor. Bei der Wahl des Amtsvorstehers, Stellvertreter für den Amtsbefehlshaber kommen die Herren Dieck und Gier in Erwägung. Die Kommunisten beteiligen sich an der Stichwahl nicht, da ihr Kandidat abgefallen ist. Gewählt wird der bürgerlicher Seite vorgeschlagene Herr Gier mit 12:8 Stimmen.

Die Sitzung schließt wollen die Kommunisten noch einen Antrag zum Ausbau des Stadtkreis der Mittelstandsanalys vorbringen. Landrat Gusek wendet sich dagegen, daß solche Vorlagen ohne Durchberatung vorgenommen werden. Das Haus ist gegen eine Entschlossenung in dieser Frage.

Gegen 18 Uhr schließt Landrat Gusek die Frühjahrsteiltagung und wünscht den Abgeordneten frohe Osterferien.

außerordentlich belastet wurde. Auch im Interesse einer sorgfältigen Bedienung der Kundstufung wäre eine bessere Verteilung des Dienstleistungs in diesem Jahre dringend wünschenswert.

Auf Anregung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat deshalb die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ihren Mitgliederverbänden empfohlen, dahin zu wirken, daß die Lohn- und Gehaltszahlungen in der Industrie in diesem Monat nach Möglichkeit einige Tage früher vorgenommen werden. Andere Wirtschaftszweige, wie z. B. die Banken, haben bereits am 15. März die Gehälter an ihre Angestellten ausbezahlt.

Es wäre dringend zu wünschen, daß auch die Behörden für diesen Sonderfall dem Beispiel der Wirtschaft folgen mögen, um sowohl ihren Angestellten und Beamten einen bequemerer Oberleitungs ermöglichen als auch den Einzelhandel vor einer übermäßigen Beanspruchung seines Personals zu schützen.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband unterstützt diese Anregung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die besonders auch dem Interesse der kaufmännischen Angestellten entspricht. Es ist zu hoffen, daß die Behörden und die Industrie diesem Ersuchen unerschrocken entgegenkommen werden.

Bereine, Veranstaltungen usw.

Städtischer „Sonn“. Das inbische Stadtmuseum, auf der Bühne „Eva und Carlo von Gory“, „Anton-Dreier“, „Kimmeraus und Schwefel“, sowie „Der große Kreis von Rembrandt“, Sammelstücke. „Die Tänzerin des Baren“, sowie „Die Vogertraut“.

Arbeitsgemeinschaft Schwarz-weiß-rot.

Deutschnationaler Arbeitergruppe. Dienstag, 26. März, 30 Uhr, im „Café“ Besprechung. Deutschnationaler Volkspartei. Freitag, 5. April, spricht im Zool.-Zoo auf Anlaß der Wilmarscher General von Leitow-Borbeck.

Aus der Umgebung.

Entlassungsfeier der Berufsschüler.

i. Merseburg. Die Berufsschüler des Zweckerbundes heute in der Freitagsabend in der Turnhalle des Stadtschulhauses eine Feier für die zu entlassenden Schüler und Schullehrer ab. Im Mittelpunkt stand eine Ansprache des Berufsschulleiters, Lehrer Franke. Er legte seinen Ausführungen folgende Gedanken zugrunde: Nach nun Jahren Schulleben, das die Berufsschüler vorüber, eine Zeit frohen Lernens, einer Arbeit unter Führung und unter ständiger Anleitung durch eure Lehrer, Lehrerinnen und Lehrmeister; denn gleichzeitig ist für die meisten die „Lehrzeit“ beendet. Nun heißt es unendlich von der frohen Schulleben Abschied nehmen. Manches mögen froh sein, nun endlich fertig und frei zu sein. Aber bald werdet ihr merken, daß die Arbeit, der Ernst des Lebens, jetzt erst recht anfangt. Jetzt heißt es, sich zu bewähren und aufricht zu Reben im Lebenskampf. Freut euch eurer Freiheit und Jugendkraft und stellt sie freudig in den Dienst des Volkszwecks.

Die Ansprache wurde umrahmt von einigen Schülerwörtern, in denen der gute Wille und die rechte Lebensauffassung der Schüler zum Ausdruck kam, sowie von musikalischen Darbietungen. Lehrer W. H. Gier erwiderte die Bescheidenheit des Chores der Städtischen Berufsschule verdienten Beifall, einige Einzelgänger und Duette verhielten den Abend. — Mögen diese Feiertagen den Schülern der Weltreihen bleiben und recht viele der guten und hoffnungsvollen Vorläufer zur Tat reifen!

Endlich gefunden.

Reinhold. Seine Vermissten gegen 10 Uhr wurde eine weibliche Leiche aus dem Mühlgraben gezogen. Die Leiche wurde als die Witwe Kimmerring aus Dörfendorf wiedererkannt. Frau Kimmerring war vor einigen Monaten bei ihrer Arbeit in den Mühlgraben gefallen und ertrunken.

Tödlicher Unfall im Leuna-Wert

Leuna. Am Montagmorgen ereignete sich gegen 13 Uhr auf einer Baustelle des Ammoniumwerkes Merseburg ein bedauerlicher Unfall, wobei der bei der Firma Wittenberg-Berliner AG. beschäftigte verheiratete Arbeiter Georg Krich aus Bad Dürrenberg tödliche Verletzungen erlitt. Beim Hochziehen eines Eisenkonstruktionsteiles brach plötzlich der hölzerne Montagewerk, so daß der hochgezogene Teil der Eisenkonstruktion herunterfiel. Durch die hierdurch herbeigekommene Erschütterung stürzte Krich von der Eisenkonstruktion herab.

Molkereifiskus.

Epergau. Im Schmidtschen Gasthof zu Epergau findet am Freitagabend ein dreitägiger Molkereifiskus statt. Der vom Landbau aus veranstaltet ist und in einigen Vorträgen sowie in praktischen Erläuterungen den jüngeren Landwirten einen unumfänglichen Einblick in die Milchwirtschaft geben soll.

Männliche Leiche gefunden.

Fischen. Hier wurde am Wehr der Föhstener Mühle am Freitagmorgen eine Leiche männlichen Geschlechts gefunden. Der Tote lag in Leipsig wohnhaft gewesen sein.

Als Leiche gefunden.

Schlettau. Am 25. März wurde der seit Monaten vermisste Arbeiter K. Repple aus Led Leiche an der Eisenbahnbrücke bei Schlettau als Leiche an der Gasse gefunden.

Nur 5 Einwohner

wollen mit Fergas verjagt werden. n. Neumar. Wie schon in der letzten Gemeindevorstellung bekannt gegeben wurde, soll auch der nächste Teil mit in der Gaswerkverlegungsgesellschaft, „Sonn“ G. m. b. H., beizugeben werden. Um festzustellen, wieviel Interessenten überhaupt in Frage kommen, hatte

Fordern Sie ausdrücklich MAGGI Fleischbrühwürfe

Achten Sie auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung



Staub- und Schlackenzahlung

Generaldirektor Dr. Heinhold zur Kupferhauffe.

Bemerkenswerte Ausführungen auf der Generalversammlung der Mansfeld-F.A.G.

In der heutigen Generalversammlung der Mansfeld-F.A.G., in der die Regularien genehmigt wurden, wies Generaldirektor Dr. Heinhold auf verschiedene Stimmfragen hin, nach denen die vorgeschlagene Einbuße von 7 Prozent vielfach eine Entschädigung für die Aktionäre bedeute. Im Hinblick auf das tatsächliche Geschäftsergebnis des Rechnungsjahres 1928 müßte man die Dividende jedoch als durchaus annehmbar bezeichnen. Die Entschädigung des Kupferlieferungsrisikos ist im Geschäftsergebnis eingehend erläutert worden. Im einzelnen handelte es sich um die Verrechnung der erzielten Umsätze in Höhe von 6,6 Prozent gegenüber dem Umlauf von Kupfer, Silber und Nebenerzeugnissen des Kupferlieferungsrisikos beträgt nur knapp 3/4 des Gesamtumsatzes, so daß das Gesamtumsatzrisiko nur mit diesem Anteil vom Erzeuger abhänge ist.

Zwischen der Mansfeldischen Kupferfabrik und den großen amerikanischen und australischen Erzeugerunternehmen, die von der Mansfeld-F.A.G. ein großes Interesse haben, besteht ein großer Interessenskonflikt. Für die Nationalisierung der Mansfeldischen Erzeugerwerke und Sitten sind sehr erhebliche Kapitalaufwendungen erforderlich gewesen, die selbstverständlich auch erhebliche Aufwendungen nötig machen. In der letzten Zeit haben jedoch die Maßnahmen jenseits als beträchtlich kleiner gewesen als die bislangmäßig ausgemessenen Zugänge an den Anlagen.

Die außerordentliche Sitzung der Aktionäre der Mansfeld-F.A.G. ist für die Nationalisierung der Mansfeldischen Kupferfabrik ein großer Erfolg. Die Nationalisierung der Mansfeldischen Kupferfabrik ist die Befriedigung ist nicht von der Hand zu weichen, daß in der Kupfererzeugerindustrie eine Stagnation mit dem Ziel der Nationalisierung eintritt. Für Mansfeld bedeutet zwar die Entschädigung des Kupferlieferungsrisikos eine erhebliche Einbuße, doch ist aber auch die Befriedigung der Aktionäre ein wichtiger Faktor.

Für Deutschland im ganzen betrachtet bringt die finanzielle Entschädigung des Kupferlieferungsrisikos eine erhebliche Einbuße. Die Befriedigung ist nicht von der Hand zu weichen, daß in der Kupfererzeugerindustrie eine Stagnation mit dem Ziel der Nationalisierung eintritt. Für Mansfeld bedeutet zwar die Entschädigung des Kupferlieferungsrisikos eine erhebliche Einbuße, doch ist aber auch die Befriedigung der Aktionäre ein wichtiger Faktor.

Hallische Börse vom 26. März.

Table with 2 columns: 'heute' and 'Vorlag'. Lists various stocks and their prices, including items like 'Allgem. Deutsche Credit-A.', 'Halleischer Bankverein', 'Gewerksam. Handelsbank', etc.

Die hallische Börse vom Dienstag brachte verschiedene größere Kurssteigerungen, bedingt durch die Meldung, daß die Reichsbank 9,5 Prozent der Industrie-papiere halten. Die Aktien der Industrie-papiere halten 9,5 Prozent der Reichsbank. Die Aktien der Industrie-papiere halten 9,5 Prozent der Reichsbank.

Stille Devisenliste vom 26. März 1929.

Table with 2 columns: '60d Brief' and '60d Geld'. Lists exchange rates for various currencies, including '1 Dollar', '100 belg. Fr.', '100 franz. Fr.', etc.

Ueinheitlich.

Berlin, 26. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berliner Börse vom Dienstag eröffnete in Erwartung des Jahrestages ruhig. Die Devisen war uneinheitlich.

Vorkurse der Berliner Börse vom 26. März.

Large table with multiple columns listing various stocks and their prices, including 'Abbildung 1-2', 'Abbildung 2-3', 'Abbildung 3-4', etc.

Berliner Börse vom 25. März.

Table with 2 columns: 'Deutsche Anleihen' and 'Industrie-Aktien'. Lists various bonds and stocks with their respective prices.

Verkehrs-Aktien

Table listing various transportation stocks and their prices, including 'A.G. Verkehrsbau', 'Brasch-Land', 'Canada-Alb.-Sch.', etc.

Main table listing various stocks and their prices, including 'Daimler-Benz', 'Demmer-Gebr.', 'Disch.-Allant-Te.', etc.

Bank-Aktien

Table listing various bank stocks and their prices, including 'Allg. Dt. Cred.-A.', 'Bank f. Brau-Ind.', 'Bank f. Credit', etc.

